

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Bürgerentscheid oder Volksabstimmung – das unbekannte Wesen

„Hugh, ich habe gesprochen.“ Dieser legendäre Satz wurde früher den Häuptlingen der nordamerikanischen Indianerstämme in den Mund gelegt. Der Häuptling sprach Recht und die anderen richteten sich danach. Das galt auch bei altgermanischen Heerführern oder Herzögen, obwohl es auch, wie bei den Indianern, den Rat der Stammesältesten oder den Ältesten-Rat gab. Das Volk als Ganzes hatte nichts zu bestimmen. „Stuttgart 21“ lief ganz anders.



Nach einem Bürgerentscheid zum Baumstreit – der „Baum der Zukunft“?

Wer hätte das gedacht? Vor einem Jahr waren sich die Journalisten der meisten Zeitungen einig, dass in Stuttgart Ministerpräsident Mappus und Oberbürgermeister Schuster völlig falsch lagen mit ihrer Politik zum modernen Schienenweg. Der Ministerpräsident, welcher eine Landtagswahl vor sich hatte, wurde durch die Medien attackiert, fast noch mehr als durch die Gegner des unterirdischen Bahnhofs. Sie trugen damit, neben dem Fukushima-GAU, ihren Teil zur sensationellen Machtverschiebung im Ländle bei. Es muss hier nicht im Einzelnen zitiert werden, was damals alles geschrieben oder im Fernsehen gesagt

wurde. Aber jetzt, nachdem das Volk in einer Sachfrage und nicht in einer allgemeinen Stimmungs-Lage abgestimmt hatte, tun die gleichen Journalisten so, als hätten sie es immer schon gewusst. „Die Lautstärke“, so schreiben sie jetzt, „ist noch lange nicht gleichbedeutend mit Stärke.“ Da haben sie allerdings Recht.

Welche Volksabstimmung kommt nach „Stuttgart 21“?

Sofort riefen sowohl Münchens OB Christian Ude als auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer nach weiteren Volksabstimmungen. Es sind also dieses Mal nicht „die Wutbürger“, denen nach Volkes Stimme zumute ist, sondern

die Regierenden. Kennen sie ihr Volk tatsächlich besser? Wenn die Münchner Stadtbevölkerung nach Udes Wunsch zur dritten Startbahn am Franz-Josef-Strauß-Flughafen abstimmen soll, wird bestimmt ein anderes Ergebnis herauskommen, als wenn die Bevölkerung in Stadt- und Landkreis Erding/Freising ihre Meinung kundtut. Wenn gar, wie Seehofer äußerte, wegen der wirtschaftlichen Bedeutung des Münchner Flughafens das ganze bayerische Volk zu einer Sachabstimmung aufgerufen würde, sähe alles nochmals anders aus. Je weiter weg, desto mehr die Anerkennung für übergeordnete Ziele, so ist die Hoffnung. Das gilt wohl auch für den Donauausbau, aber mit gegenteiligem Ergebnis. Denn in den Großstädten ist die Bevölkerung so „geimpft“, dass sie den „Fluss der freien Donau“ und „den Schutz der Isarauen“ höher schätzt als den gesteigerten Schiffsverkehr. Wetten, dass es sich „die Regierenden“ noch gut überlegen, ob sie tatsächlich zur Volksabstimmung aufrufen? Zumal der „Bund Naturschutz“ an Ähnliches denkt! Alle würden aber ein Fass ohne Boden aufmachen: das Volk könnte zur Steuerfreiheit befragt werden, zum kostenlosen Studium, zur Todesstrafe, zu „Ausländer raus“ oder auch zur Abschaffung der Parlamente. Beim bayerischen Senat war es schon erfolgreich.

Helfen Bürgerentscheide der direkten Demokratie?

Unterhalb der Volksabstimmung gibt es die Bürgerentscheide, also örtlich begrenzte Abstimmungen. Die Lust nach ihnen ist zwiespältig. Denn es gab einige Bürgerentscheide in verschiedenen Städten und Gemeinden Bayerns, die zwar für Klarheit sorgten. Ein Bür-

germeister kann sich danach aber bequem zurücklehnen und sagen: „Na, wenn Ihr es so wollt!“ Er muss nicht Führung beweisen, nicht politischen Weitblick oder Mut. Bei ständigen Bürgerentscheiden wäre nur mehr die Bürokratie zu lenken, aber nicht mehr das gewählte kommunale Gremium. Es wäre auch eine Art Dauer-Wahlkampf, was bedeutet, dass alle Gruppen und Parteien laufend zu Wort kommen. Die Macht der Medien, die Vorliebe örtlicher Journalisten für dieses oder jenes Projekt, für diesen Politiker oder gegen jenen Stadtrat, wäre deutlich eingeschränkt. Die Macht hätte tatsächlich das Volk – und das stimmt oft ganz unerwartet ab, siehe Stuttgart 21. Die „Stimmenkönige“ hätten vielleicht auch mehr zu sagen, obwohl sie oft nicht des Journalisten Lieblingskinder sind.

Praktische Beispiele für Bürgerentscheide in Kommunen

Nehmen wir die nette Donaustadt Vilshofen zum Anlass, über was alles die Bürger direkt abstimmen könnten. Da ist zuallererst die Ortsumfahrung im Osten zu nennen. Wenn die Bürger generell für sie abgestimmt hätten, könnte der „Bund Naturschutz“ eigentlich keine Klage mehr einreichen. Das neue Parkhaus im Stadtzentrum wäre ebenso akzeptiert und die örtliche Presse müsste nicht mehr einzelne Stadträte oder Stadträtinnen ins rechte/linke Licht stellen. Das Stück Berliner Mauer, das in einem öffentlichen Park errichtet wurde, könnte nicht mehr, wegen weniger an die Redaktion gelangter Negativ-Aussagen, mit der Zeitungsschlagzeile „Berliner Mauer spaltet Vilshofen“ verdammt werden. Der Ärger mit dem Hundekot könnte mit einer durch Bürgerentscheid eingeführten Ortssatzung auf überwachte ausgewiesene „Gassizone“ eingeschränkt werden. Das Hundegebell in der Nachbarschaft oder der „Baumstreit in der Siedlung“, wie ihn Redakteur Helmuth Rücker vom „Vilshofener Anzeiger“ im November 2011 wegen willkürlich ausgewählter Fälle in Algering

und in der Thomastraße taufte, könnte ebenfalls durch Bürgerentscheid entschärft werden. Denn es würde bei letzterem nicht um Einzelfälle, sondern um die Frage gehen, ob generell in Siedlungen Bäume stehen dürfen, die irgendwann am Tag Schatten in die angeblich falsche Richtung werfen. Wenn durch Bürgerentscheid alle Bäume mit Schattenwurf beseitigt würden, könnte man nicht missliebige einzelne anprangern. Am Klügsten tat sich zu diesem Thema wieder einmal die „Passauer Woche“ hervor. Der eine Redakteur, Fritz Greiler, stellte die Verursachung einer Schattenbildung – wie stark auch immer – als „menschlich unkorrekt“ hin und der andere Redakteur, Stefan Brandl, stellte in seinem Kommentar fest: „ein Baum nimmt grundsätzlich nicht die Sonne, er spendet Schatten, er macht keinen Dreck, er färbt den Herbst“ usw. Normalerweise akzeptiert man den Urteilsspruch eines Gerichts, auch wenn man enttäuscht ist, zumal wenn man das juristische Verfahren selbst angestrengt hat. Doch manche sagen dann: „Das lassen wir uns nicht gefallen“. Wenn aber „das Volk“ sprechen würde, könnte man sich weitere Einzelangriffe sparen. Nicht mehr die Lautstarken oder die Rauflustigen kämen dann in die Medien, sondern das in seiner Gesamtheit wohl souveräne Volk. Die Liste von objektiven Bürgerentscheiden könnte landauf, landab verlängert werden. Bringt das Jahr 2012 tatsächlich mehr Volksabstimmungen und Bürgerentscheide? Oder hat man sich mit dem Ergebnis von „Stuttgart 21“ zunächst einmal die Finger verbrannt? Lassen sich kommunale Mandatsträger lieber ab und zu in der Presse verreißen statt gar nichts mehr zum Entscheiden zu haben, weil „das Volk“ spricht? Am nahen Jahreswechsel darf man derartige Fragen wohl aufwerfen! Die diesbezügliche Spannung auf 2012 wächst jedenfalls.